

Konsolidierungskonzept

des Eigenbetriebes „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“

Vor dem Hintergrund des nicht zufrieden stellenden Verlaufes des Geschäftsjahres 2006 sowie den Herausforderungen des sich zukünftig stark entwickelnden Pflegemarktes hat der EB SSW im Sommer 2006 ein Strategiepapier erarbeitet und vorgelegt. Darin wird zum einen die zukünftig angestrebte Strategie (Neuausrichtung und Weiterentwicklung) dargelegt und zum anderen die Notwendigkeit verschiedener struktureller Maßnahmen erläutert, um die Wirtschaftlichkeit des Eigenbetriebes dauerhaft zu verbessern.

Im September hat der EB SSW den Wirtschaftsplan für 2007 vorgelegt, in dem die ab dem Sommer 2006 kurzfristig ergriffenen (Spar-)Maßnahmen, wie z.B.

- die Beschränkung der Inanspruchnahme von ATZ (im Blockmodell) auf die gesetzlichen Vorgaben,
- Reduzierung des Instandhaltungsaufwandes und kritische Analyse der sonstigen Sachkosten oder
- die Ergebnisse der Bemühungen zur Verbesserung der Ertragslage (Pflegesatzverhandlungen) und
- verstärkte Bemühungen zur Belegung des Hauses „Am Luisengarten“

eingeflossen sind.

Der Kosten für die Medienversorgung (Energie/Wärme, Wasser/Abwasser) wird z.Zt. in einem gesonderten Projekt analysiert. In Anbetracht der unklaren aktuellen Entwick-

lung der Preise (Öl, Gas, Strom etc.) ist die im Wirtschaftsplan angegebene moderate Erhöhung aus heutiger Einschätzung vertretbar. Im Rahmen des begonnenen Projektes soll das mögliche Einsparpotential ermittelt werden, eine verwertbare Aussage ist heute dazu nicht möglich.

Wie in den Erläuterungen zum Erfolgsplan und im mittelfristigen Vermögensplan (Nr. 18, Seite 7) deutlich geworden ist, sind bei der Erstellung des mittelfristigen Erfolgsplanes 2007-2010 die Zinskosten für den in 2008 geplanten aufzunehmenden Kredit gemäß den Angaben des FB 02 als Zinsaufwand für die Jahre 2008 ff eingerechnet.

Es sind aber nicht die aus der Kreditaufnahme finanzierte Investition (3. BA Seniorenzentrum Heideweg) mit ihren Erlösen und weiteren Kosten berücksichtigt worden, so dass zur Darstellung der realen Ertragslage der bestehenden Einrichtungen im mittelfristigen Erfolgsplan in der beigefügten Zusammenstellung zunächst das voraussichtliche Jahresergebnis der nächsten Jahre um diese Zinskosten „bereinigt“ wurde. Die Wirtschaftlichkeit der geplanten Investition und damit der Aufnahme des Kredites wird nach dem Vorliegen einer belastbaren Baukostenermittlung in einer gesonderten Analyse und Betrachtung nachzuweisen sein.

Die Konsolidierung und Verbesserung der Ertragslage soll im Wesentlichen durch folgende Maßnahmenpakete erreicht werden:

1. Verbesserung der Auslastung der Bettenkapazität für die bestehenden Einrichtungen um 0,5 %-Punkte im Jahr 2007

Die Ermittlung der Pflegeerträge im Wirtschaftsplan 2007-2010 erfolgt auf der Annahme einer durchschnittlichen Auslastung der Bettenkapazität von 98 %.

Diese Quote ist durchaus anspruchsvoll, in der vorgegebenen Musterkalkulation des Pflegesatzverfahrens wird von einer Quote von 96 % ausgegangen. Aufgrund der Erfahrungswerte der vergangenen Jahre wie auch des aktuellen Jahres 2006 (Auslastung Januar-September 2006: 98,5 %) ist die Zielvorgabe der Erhöhung der Auslastung der bestehenden Einrichtungen um 0,5 % als umsetzbar anzusehen.

Bei der Ermittlung der zusätzlichen Erträge wurde die festgelegte bestehende Bettenkapazität der Einrichtungen mit Ausnahme des neuen Hauses „Am Luisengarten“ zugrunde gelegt. Die erwartete Ertragsentwicklung für diese neue Einrichtung ist bereits in den Wirtschaftsplan 2007 ff eingeflossen. Für die Folgejahre 2008-2010 bleibt nach Auffassung der Betriebsleitung die Vorgabe einer 98 %igen Auslastung realistisch.

Die folgenden Maßnahmen basieren im Wesentlichen auf der im Strategiepapier des EB SSW beschriebenen geplanten Umwandlung des Eigenbetriebes in eine privatrechtliche Unternehmensform. Die geplante Umwandlung des EB SSW ist aber nicht die Voraussetzung, um diese Maßnahmen zu ergreifen. Sie würde jedoch deren Umsetzung wesentlich erleichtern.

2. Bildung einer umsatzsteuerlichen Organschaft

Im Konsolidierungskonzept kommt dieser im Strategiepapier beschriebenen Maßnahme eine wichtige Bedeutung zu. Es soll damit angesichts der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung sowohl diese zusätzliche Kostenbelastung vermieden werden, als auch ohne Leistungseinschränkung oder Leistungsveränderung ein signifikantes Einsparvolumen realisiert werden.

Im Strategiepapier wurden die derzeitigen Aufwendungen für die Umsatzsteuer insgesamt im Bereich der externen Dienstleistungen mit einem Betrag von mehr als 250 T€ angegeben.

Eine detaillierte Analyse zeigt, dass unter Berücksichtigung der auch nach Bildung einer gemeinsamen Servicegesellschaft abzuführenden Umsatzsteuer für eingesetzte Materialien bzw. Wareneinsatz bei der Speisenproduktion ein jährlicher Betrag von 176.600 € eingespart werden kann. In der beigefügten Zusammenfassung ist von einer Bildung der umsatzsteuerlichen Organschaft und damit der Realisierung des Einsparpotentials bis zum 2. Halbjahr 2007 ausgegangen worden.

3. Festschreibung des Personalkostenbudgets 2007

Auch die dritte Maßnahme korrespondiert mit der geplanten Umwandlung des Eigenbetriebes, diese ist jedoch auch hier nicht zwingend Voraussetzung.

Der Eigenbetrieb hatte Ende des Jahres 2003 mit dem Personalrat und ver.di mit Wirkung zum 01.07.2004 einen Tarifvertrag zur sozialen Absicherung seiner Beschäftigten abgeschlossen. Darin ist insbesondere die Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit für alle Mitarbeiter auf 38,5 h ohne Lohnausgleich vereinbart worden mit einer Laufzeit bis zum 30.06.2007. Der Eigenbetrieb hat nun das Gespräch mit ver.di aufgenommen, in dem vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation des Eigenbetriebes die Möglichkeit einer Anschlussvereinbarung geprüft wird. Dabei gilt es, einen Mix an möglichen kostensenkenden Einzelmaßnahmen (weitere Flexibilisierung der Dienstplanung, verstärkte Besetzung von Teilzeitstellen, Senkung des Krankenstandes, höherer Anteil an leistungsorientierter Bezahlung zusammenzustellen und zu einer von beiden Seiten tragfähigen Vereinbarung zu kommen.

Ziel des Eigenbetriebes ist es, das Personalkostenbudget des Jahres 2007 für die Folgejahre bis 2010 von den zu erwartenden tariflichen Erhöhungen abzukoppeln und die Höhe des Personalkostenbudgets im Minimum unverändert beizubehalten.

Die zwingende Notwendigkeit dieser Zielstellung wird durch folgende Gegenüberstellung deutlich:

	Kalkulationsbasis für die Pflegesatzverhandlungen für Sachsen-Anhalt durchschnittl. Personalkosten	Durchschnittliche Personalkosten im Eigenbetrieb	Prozentuale Überschreitung
Pflegefachkraft	36.900	41.670	+ 12,92 %
Pflegehilfskraft	31.050	35.635	+ 14,76 %

Als Konsolidierungsbetrag berechnet sich der angegebene Betrag auf der Basis des Personalkostenbudgets 2007, in dem die im Wirtschaftsplan berücksichtigten Personalkostenerhöhungen der Jahre 2008-2010 von 1,0 bzw. 1,2 % herausgerechnet werden. Eine Ausgabewirkung dieser Maßnahmen ist damit erst ab dem Jahre 2008 gegeben. Die beigefügte Zusammenstellung zeigt die Auswirkung bezüglich dieser Maßnahme in den Jahren 2008-2010.

Unter der Voraussetzung, dass die Maßnahmen in dem beschriebenen Sinn umgesetzt werden können, ermittelt sich ein Konsolidierungsvolumen von ca. 1.462.700 €. Um diesen Betrag verbessert sich das bereinigte Jahresergebnis 2007-2010 auf 2.092.200 €

Im Rahmen der im Strategiepapier beschriebenen Umwandlung des Eigenbetriebes ist notwendigerweise ebenfalls die weitere Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern neu zu vereinbaren, da nach mündlichen Aussagen in den im Sommer/Herbst 2006 geführten Pflegesatzverhandlungen die Kostenträger hier eine deutliche Reduzierung des bisherigen im Pflegesatz berücksichtigten Aufwandes erwarten → sollte dabei die bisherige Aufgabenverteilung und die daraus folgende Kostenbelastung kritisch geprüft werden.

